Zeitschrift: Schweizer Spiegel

Herausgeber: Guggenbühl und Huber

Band: 45 (1969-1970)

Heft: 7

Artikel: Die Schweiz im Jahre 2000 : Inflation, Fremdarbeiter und Wohlstand

Autor: Kneschaurek, Francesco

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1079231

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Inflation

Fremdarbeiter und Wohlstand

Zwei Probleme beherrschen zur Zeit die wirtschaftspolitische Diskussion in unserem Land: das mit der chronischen Überkonjunktur verbundene Inflationsproblem und das Überfremdungsproblem. Beide hängen miteinander eng zusammen, wird doch der überaus hohe Bedarf an Arbeitskräften durch den bestehenden Nachfrageüberhang wesentlich bestimmt. Auf Grund der gegebenen - technisch begrenzten - Möglichkeiten einer Produktivitätssteigerung sowie des ebenfalls begrenzten Rückgriffes auf einheimische Arbeitskräfte weist der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften nach wie vor eine steigende Tendenz auf. Schränkt man das Angebot an Gastarbeitern ein, ohne den Nachfragesog einzudämmen, so werden die Inflationstendenzen noch grösser und dürften bald alarmierende Dimensionen erreichen. Eine Politik der Nachfragedämpfung ist jedoch eine heikle und nicht ungefährliche Angelegenheit. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass im Wirtschaftsleben massenpsychologische Reaktionen eine wesentliche Rolle spielen, sie werden heutzutage durch die sogenannten Massenmedien (Presse, Radio, Fernsehen) noch potenziert. Bei einer Dämpfungspolitik muss man daher - um den Gedanken des deutschen Wirtschaftsministers Schiller zu übernehmen - dafür sorgen, dass der «Patient», wenn man ihm schon Dämpfungsspritzen verabreicht, seine grundoptimistische Einstellung nicht verliert. Die Gefahr, dass er Depressionen verfällt und sich immer mehr darin hineinsteigert, ist gross. In diesem Fall bedarf es dann nicht nur einer überaus langen, mühsamen Erholungszeit, sondern auch unverhältnismässig starker Aufpeitschungsmittel, um ihn aus seiner pessimistischen Grundstimmung wieder herauszureissen. Wie schwer ein Wechsel in der psychologischen Grundeinstellung aufgehoben werden kann, lässt sich etwa in der Ostschweiz feststellen, deren wirtschaftliche Entfaltung auch heute noch durch die wie Ischias in den Knochen liegende Erinnerung an die

Krise der Textilindustrie präjudiziert wird und sich in einer objektiv gar nicht erklärbaren Ängstlichkeit, Schwarzseherei und mangelnder Weitsicht offenbart. Man darf somit die Gefahr nicht unterschätzen, dass bei einem Abbau der Bestände von Fremdarbeitern (der kurzfristig nicht ausgeglichen werden könnte!) Betriebe ihre Pforten schliessen oder einzelne Ab-

Professor Dr. Francesco Kneschaurek, Rektor der Hochschule St. Gallen für Wirtschaftsund Sozialwissenschaften, hat vom Bundesrat einen besonders verantwortungsvollen Auftrag erhalten. Er ist mit der Oberleitung für die Durchführung von Perspektivstudien der Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft, ausgerichtet auf das Jahr 2000, betraut.

teilungen stillegen müssten, was vor allem in den wirtschafts- und finanzschwachen Landesgegenden emotionell explosive Reaktionen und eine regelrechte Krise zur Folge haben könnte.

Dann lieber Inflation

Von den beiden Übeln - Depression oder Inflation - würde ich somit entschieden das zweite wählen, vor allem wenn die reale Einkommenserhöhung aller Erwerbstätigen über das Mass der Inflation hinausgeht (die Inflation also zu keiner Unterhöhlung der Kaufkraft führt) und diejenigen Wirtschafts- und Bevölkerungskreise, welche durch die Teuerung besonders stark betroffen werden (Rentner usw.) in den Genuss eines entsprechenden Teuerungsausgleiches gelangen. Das war nun in der Schweiz bisher stets der Fall, so dass das Hauptproblem weniger in der Inflationsbekämpfung als solcher liegt als vielmehr in der massvollen Eindämmung der konjunkturellen Überhitzungserscheinungen, welche von der Nachfrage her

kommen. Dabei geht es vor allem darum, den optimistischen Grundton in der Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Es ist aber kaum zu erwarten, dass dies möglich sein wird, wenn unsere Behörden gezwungen sind, die Bestände an ausländischen Arbeitskräften gemäss der Initiative Schwarzenbach drastisch zu reduzieren. Ich will damit nicht sagen, dass man der Einwanderung fremder Arbeitskräfte freien Lauf lassen sollte! Keinesfalls darf man jedoch die heutigen Bestände kurzfristig einschränken, es sei denn, wir wollten eine ernst zu nehmende Depression herbeiführen.

Wir können nun einmal den entscheidenden Fehler, der zu Beginn der fünfziger Jahre begangen wurde, nicht durch einen Federstrich rückgängig machen. Dieser entscheidende Fehler lag in einem zu kurzfristigen Denken. Man fürchtete auf Grund der damals geltenden konjunkturtheoretischen Erkenntnisse den Rhythmus von Überkonjunktur und Krise. Daher nahm man die damals übrigens hervorragend qualifizierten ausländischen Arbeitskräfte nur kurzfristig herein, um sie beim leisesten Krisensymptom wieder abschieben zu können. Damit aber verhinderte man die wirtschaftliche Integration dieser Leute, die auf Grund ihrer menschlichen und fachlichen Qualität auch die politisch am besten assimilierbaren abgegeben hät-

Mehr und mehr fanden diese Qualitätsarbeiter entweder in der rasch expandierenden heimatlichen Industrie oder im freizügigeren Ausland Unterkunft. In der Schweiz aber versuchte man weiter Hunderttausende von Ausländern im «Rotationssystem» einzusetzen. Da die Qualität dieser Arbeitskräfte mit der Zeit schlechter wurde, passte man ihnen teilweise sogar die Produktion an, die in einzelnen Bereichen geradezu «unschweizerisch» wurde, weil man zur Herstellung von billigen Massenprodukten überging, die in Entwicklungsländern eben so gut und zudem noch billiger produziert werden könnten.

In der zeitlichen Rückblende kann



Kontaktlinsen oder Brille

Als Spezialisten für Augen-Optik beraten wir Sie gerne und unverbindlich.



Sihlstrasse 38, Nähe Sihlporte, Zürlch Montag geschlossen



man wohl sagen, dass es in den beginnenden fünfziger Jahren zweckmässiger gewesen wäre, Jahr für Jahr ein bestimmtes Kontingent guter ausländischer Arbeitskräfte in der Schweiz wirtschaftlich zu integrieren, wie dies die Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch europäische Staaten, getan haben. Heute nun ist das Problem da. Die Nachteile, die sich in 20 Jahren kumuliert haben, lassen sich nicht in 4 Jahren wieder aus der Welt schaffen. Wir müssen vielmehr von den heutigen Realitäten ausgehen und versuchen, mit ihnen fertig zu werden. Man hat noch nie das Rad der Geschichte zurückdrehen können.

Sonderfall Schweiz

Der Nachfragesog bleibt gross. Die Rekrutierungsmöglichkeiten unter den Schweizern werden indessen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sehr bescheiden sein, so dass es ganz unsinnig wäre, wenn wir von uns aus den Ausländerbestand künstlich reduzieren würden. Dies würde zu einer unzumutbaren Einschränkung ökonomischen Wachstumsmöglichkeiten führen und massive Massnahmen auf dem Nachfragesektor nötig machen, die politisch nicht verantwortet werden könnten. Die Konjunktur würde damit zerschlagen. Zudem darf nicht übersehen werden, dass wir auf die Dauer gar nicht unbedingt damit rechnen können, ausländische Arbeitskräfte mit dem gewünschten Qualifikationsgrad in bisherigem Umfang zu finden. In allen Ländern hat sich in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren die qualitative Struktur der Arbeitskräfte verbessert. Die Zahl der ungelernten (Hilfs-)Arbeiter ist überall zurückgegangen. Die Schweiz bildet hier eine unrühmliche Ausnahme: als einziges Land der westlichen Welt hat sie eine absolute Zunahme der Hilfsarbeiter zu verzeichnen, und zwar auch von Schweizern! Die relativ guten Verdienstmöglichkeiten für unqualifizierte Arbeitskräfte hat zur Folge gehabt, dass auch viele (allzu viele!) Schweizer einen Aufstieg durch

eine Sonderanstrengung gar nicht mehr suchten, selbst wenn sie intelligenzmässig das Zeug dazu gehabt hätten.

In diesen Schichten ist die am meifremdenfeindliche Einstellung festzustellen. Man erkennt mit einem gewissen Neid, wie viele strebsame Ausländer emporzusteigen versuchen, und fürchtet sich davor, sich von ihnen herumkommandieren lassen zu müssen. Hier zeichnen sich Tendenzen ab, wie wir sie aus Südafrika oder auch aus den Südstaaten der USA kennen. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in einen Rassismus schärfsten Wassers zurückfallen, der sich in einer Initiative niederschlägt, die zwar nach aussen mit anderen Argumenten operiert, deren Grundlage aber in den erwähnten soziologischen Spannungen liegt.

Gesamtplafonierung

Ich möchte nochmals betonen: Es kann nicht darum gehen, der Entwicklung freien Lauf zu lassen. Eine Plafonierung, die von einer Richtzahl der gegenwärtig 700 000 volljährig Beschäftigten ausgeht, wäre auf mehrere Jahre hinaus wohl die beste Lösung. Sie würde auch gewisse zusätzliche Ausschöpfungsmöglichkeiten im Sektor der Saisonarbeiter gewähren. Die Plafonierung, bisher als Betriebsplafonierung gehandhabt, sollte allerdings liberalisiert werden, indem die Zahl als solche für das ganze Land festgesetzt wird. Dies würde auch der generellen Regel entsprechen, dass wirtschaftspolitische Massnahmen einfach unselektiv sein müssen, wenn sie Aussicht auf Erfolg haben sollen!

Man wird einwenden, dass der Schutz gewisser finanz- oder wirtschaftsschwacher Regionen eine Differenzierung verlange. Ich gebe zu, dass eine Liberalisierung kurzfristig diesen Kantonen oder Regionen gewisse Nachteile bringen würde, bin aber überzeugt, dass die Inkaufnahme dieser kurzfristigen Nachteile im Interesse eines langfristig optimalen Wachstums liegt. Wir stellen ja schon seit Jahren eine Abwanderung aus

diesen Gebieten fest, und zwar von qualifizierten Schweizern! Aus diesem Grund würde auf lange Sicht eine Einschränkung der Freizügigkeit für ausländische Arbeitskräfte diese Regionen mit einem tatsächlichen Überfremdungsproblem konfrontieren: Wenn die Schweizer mehr und mehr abwandern und wenn auf Grund einer Betriebs- und Gebietsplafonierung die Ausländer in diesen Regionen bleiben (müssen), so würde dort in der Tat eine gefahrvolle Überfremdung eintreten.

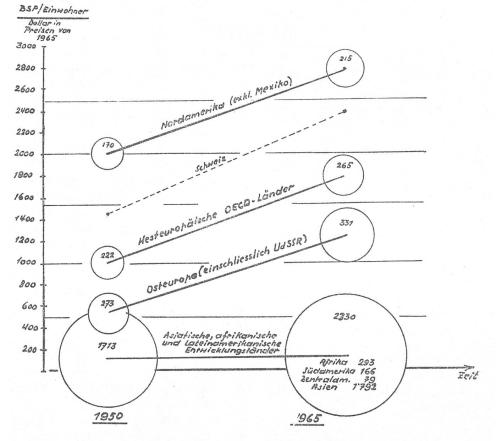
Auch hier gilt es, nicht die Symptome, sondern die Ursachen zu kurie-

ren. In erster Linie muss die Attraktionskraft dieser wirtschaftlich und finanziell schwachen Gegenden erhöht werden. Die Dienstleistungen müssen verbessert, Ausbildungsmöglichkeiten von der Primarschule bis zur obersten Stufe geschaffen, Theater- und Konzertsäle, Sportplätze, Erholungszonen und Vergnügungsstätten errichtet werden. Nur auf diese Art und Weise wird man den Abfluss der qualifizierten Arbeitskräfte - welche heute immer grössere Ansprüche an ihren Wohnort stellen - verhindern können. Wenn aber genügend gute Arbeitskräfte vorhanden sind, können

die Betriebe auch dieser Gegenden konkurrenzfähig arbeiten und entsprechende Löhne bezahlen. Mit Schutzmassnahmen, welche die schwachen Gebiete gegen den harten Wind der Realität abschirmen, ist nichts getan. Das Gefälle von dort zu den finanz- und wirtschaftsstarken Kantonen würde im Gegenteil immer noch grösser.

So wird auf die Dauer eine grössere Freizügigkeit der ausländischen Arbeitskräfte jenen Strukturwandel fördern, der bereits eingesetzt hat und den die Schweiz genau so mitmachen muss wie alle anderen industrialisierten Länder. Wichtig ist, dass wir auch in den nächsten zwanzig oder dreissig Jahren trotz zunehmender politischer Spannungen eine wirtschaftliche Expansion verzeichnen werden. Auf sie müssen wir uns einstellen und die Möglichkeiten, welche sie unserem Land bietet, voll ausschöpfen. Das wird uns aber kaum gelingen, wenn wir ohne Rücksicht auf die bestehenden Realitäten zurückzubuchstabieren versuchen, anstatt nach vorwärts zu blicken.

Die Entwicklung der Bevölkerung sowie des durchschnittlichen Wohlstandes in einzelnen Ländergruppen (1950 bis 1965)



Die Tabelle zeigt auf den ersten Blick das Bevölkerungswachstum der verschiedenen Gruppen (Nordamerika von 170 auf 215 Mio., Westeuropäische OECD-Länder von 222 auf 265 Mio., Osteuropa, inkl. UdSSR, von 273 auf 331 Mio., Asiatisch-afrikanisch-lateinamerikanische Entwicklungsländer von 1713 auf 2330 Mio.). Die Aufwärtsbewegung zeigt, gemessen an der linksseitigen Skala, in Dollar-Preisen von 1965 den Anstieg des Brutto-Sozialproduktes pro Einwohner, wobei deutlich sichtbar wird, dass sich diese Grösse für den überwiegenden Teil der Weltbevölkerung, nämlich für die Entwicklungsländer, kaum verändert hat.

Wirtschaft

Beschäftigtenzahlen der Industrie

Die schweizerische Industriestatistik zeigt, dass die Maschinen- und Apparate-Industrie in 14 Kantonen die grösste Beschäftigtenzahl aufweist. Es betrifft dies Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Nidwalden, Zug, Freiburg, Schaffhausen, St. Gallen, Aargau, Thurgau, Waadt und Genf. In drei weiteren Kantonen (nämlich in Solothurn, Baselland und Wallis) zählen die Metall-Industrie und das Metallgewerbe am meisten Beschäftigte. Die Textil-Industrie dominiert in den Kantonen Glarus, Appenzell-Ausserrhoden und Appenzell-Innerrhoden, während in Baselstadt und Graubünden die chemische Industrie der beschäftigungsmässig bedeutendste Zweig ist.